

Noch ist China militärisch keine Gefahr für die USA

Kooperation statt aktive Eindämmung bleibt für Washington die attraktivere Politik

In einem Bericht zuhanden des amerikanischen Kongresses hat das Pentagon kürzlich Besorgnis über die Aufrüstung Chinas geäussert. Vom Aufbau einer globalen Militärmacht ist Peking aber noch weit entfernt.

Martin Wagener

Es ist kein glückliches Jahr für die beiden führenden Mächte im Pazifikraum. Im Januar 2010 legte China die Militärbeziehungen mit den USA auf Eis, nachdem diese angekündigt hatten, Taiwan Waffen im Wert von 6,4 Milliarden Dollar zu liefern. Der Empfang des Dalai Lamas durch Präsident Barack Obama im Februar wurde vom Reich der Mitte stark kritisiert. Bestrebungen Pekings, das Südchinesische Meer de facto wie ein Binnengewässer zu behandeln, stemmt sich Washington beharrlich entgegen. Seit Monaten klagt China zudem über die grossangelegten amerikanisch-südkoreanischen Militärmanöver, die im Juli und August abgehalten wurden. Eine weitere Übung soll nun trotz heftigen Protesten der Volksrepublik nächste Woche direkt im Gelben Meer stattfinden.

Rasch wachsende Ausgaben

Die Ergebnisse der Mitte August veröffentlichten Studie des Pentagons zu den sicherheitspolitischen Zielen Chinas und der militärischen Stärke der Volksbefreiungsarmee passen daher ins Bild: Das Reich der Mitte rüstet auf, um ein Gegengewicht zur amerikanischen Militärpräsenz im Fernen Osten aufzubauen. Berechnungen des Pentagons ergeben, dass China seine Verteidigungsausgaben von 2000 bis 2009 durchschnittlich um 11,8 Prozent gesteigert hat. Ein Schwerpunkt der Aufrüstung liegt in der Beschaffung von Einsatzmitteln, die eine Intervention amerikanischer Streitkräfte während eines Konflikts in der Taiwan-Strasse verhindern sollen.

Dazu modernisiere China nicht nur seine U-Boot-Flotte, sondern vergrößere auch sein Arsenal an Anti-Schiff-Flugkörpern. So werde unter anderem an einer Rakete mit einem manövrierbaren Sprengkopf gearbeitet, die in der Lage sein solle, einen Flugzeugträger auf eine Distanz von 1500 Kilometern zu attackieren – mit erheblichen Konsequenzen für die Spielregeln im westlichen Pazifik. Der Bestand moderner Interkontinentalraketen der Typen DF-31 und DF-31A sei auf etwa 30 Einheiten ausgebaut worden. Mit Reichweiten von mindestens 7200 beziehungsweise 11 200 Kilometern sind sie als nukleare Zweitschlagwaffe ausschliesslich für potenzielle Einsätze gegen die USA konzipiert worden. Weitere Ausführungen sind der Militarisierung des Weltraums und der Informationskriegführung gewidmet.

Der sorgenvolle Blick ist nicht neu. Im sogenannten Quadrennial Defense Review Report vom Februar 2006 hiess es geradezu warnend: «Von den grossen und aufstrebenden Mächten hat China das umfassendste Potenzial, mit den USA militärisch zu konkurrieren.» Admiral Robert Willard, der Chef des amerikanischen Pazifikkommandos, äusserte sich in Kongressanhörungen im März 2010 ebenfalls beunruhigt. Ein Teil der Modernisierung der Volksbefreiungsarmee scheine darauf gerichtet zu sein, die Handlungsfreiheit der USA in der Region herauszufordern. Washington kritisiert schon seit langem, dass Peking parallel zum Ausbau seiner Streitkräfte den damit verfolgten Zweck verschleierte. Die jüngste Pentagon-Studie bestätigt zwar erneut, dass sich die Volksbefreiungsarmee vor allem auf ein mögliches Taiwan-Szenario vorbereitet. China werde aber bis zum Jahr 2020 auch über Streitkräfte verfügen, mit denen es weitreichende regionale und globale Ziele verfolgen könne.

Wer einem zyklischen Geschichtsverständnis folgt, dürfte skeptisch in die Zukunft blicken. Immer dann, wenn

sich ein Machtwechsel zwischen Hegemon und Herausforderer angebahnt hatte, stieg die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung. Es wundert daher, dass die USA gegenüber China keine aktive Eindämmungspolitik betreiben, sondern auf Kooperation setzen. Entscheidungsträger beider Seiten treffen sich regelmässig, unter anderem im Rahmen des erstmals im Juli 2009 abgehaltenen «U.S.-China Strategic and Economic Dialogue». In ökonomischer Hinsicht wachsen beide Nationen immer enger zusammen. Die USA sind für China als einzelner Staat der wichtigste Handelspartner. Washington wiederum kommt zugute, dass Peking amerikanische Staatsanleihen kauft und damit das Haushaltsdefizit mitfinanziert.

Die Vereinigten Staaten sehen somit in China eine Herausforderung und kooperieren trotzdem mit ihm. Wie ist dieses pazifische Paradoxon zu erklären? Einige Beobachter befürchten, dass der Hegemon seinen Herausforderer geradezu aufpäppelt und dadurch erst konkurrenzfähig macht – im blinden Vertrauen auf einen weiterhin friedlichen Aufstieg des Reiches der Mitte. Dabei übersehen Kritiker jedoch, dass die amerikanische Politik strategisch angelegt ist. China wird schlicht signalisiert, dass sich die Bildung einer Gegenmacht nicht lohnt.

Dazu hält Washington an seiner militärischen Präsenz in Asien und damit de facto an präventiven Eindämmungsstrukturen fest. Zur Kontrolle der pazifischen Gegenküste verfügen die USA über fünf Bündnispartner (Japan, Südkorea, Australien, Philippinen, Thailand), einen wichtigen Sicherheitspartner (Singapur) und Kontakte zu zahlreichen weiteren Staaten, die amerikanische Militäreinheiten logistisch unterstützen (Brunei, Indonesien, Malaysia und wohl bald auch Vietnam). Hinzu kommen in der Region patrouillierende maritime Einheiten sowie der Stützpunkt auf der Insel Guam, die zu den amerikanischen Besitzungen gehört.

Die USA haben in der Region insgesamt knapp 80 000 Militärangehörige stationiert beziehungsweise zur See im Einsatz. Mit der «George Washington», deren Heimathafen Yokosuka in Japan ist, verfügen die USA permanent über einen Flugzeugträger in der Region. Das Signal in Richtung China ist eindeutig: Washington ist auf aussenpolitische Abenteuer Pekings vorbereitet.

Die militärische Präsenz amerikanischer Streitkräfte an der gegenüberliegenden Küste des Pazifiks garantiert nicht nur eine umfassende und schnelle Reaktionsfähigkeit in Krisenzeiten. Sie erklärt auch einen wichtigen Kooperationsgrund Pekings – allen Klagen über die «Einkreisungspolitik» der USA zum Trotz. Würde China sich aussenpolitisch aggressiv gebärden, dann müsste es damit rechnen, dass seine Nachbarn den amerikanischen Schutzschirm verstärkt suchen. Und dies kann schneller der Fall sein, als Peking lieb ist. Gleich mehrere Staaten unterstützten während des Asean-Treffens im Juli 2010 in Hanoi die Position der USA, Streitigkeiten im Südchinesischen Meer friedlich zu lösen und die Freiheit der Seewege aufrechtzuerhalten. Dies war eine Reaktion darauf, dass Peking das Gewässer im März zu einem «Kerninteresse» erklärt hatte. Die Truppenpräsenz der USA in Ostasien setzt damit starke Anreize für China, an seiner Peripherie keine Ängste zu schüren.

Machtpolitische Lücke

Jenseits tagespolitischer Momentaufnahmen zeigen ökonomische und militärische Parameter, dass die USA zumindest kurz- bis mittelfristig Anlass zu einer ruhigen Lagebetrachtung haben. Denn Washington ist Peking in allen zentralen Vergleichskategorien weit überlegen. Während die USA im Jahr 2009 mit 14,4 Billionen Dollar für 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung verantwortlich zeichneten, kam China mit 4,8 Billionen Dollar nur auf einen Anteil von 8 Prozent. Die deutlich

grössere ökonomische Basis eröffnet dem Hegemon entsprechend grössere Möglichkeiten zur Gestaltung seines Militärapparates.

Der Verteidigungshaushalt der USA lag 2009 bei fast 700 Milliarden Dollar. Kein Staat der Welt ist gegenwärtig bereit, zur Aufrechterhaltung seiner militärischen Stellung derartige Summen zu investieren. Der chinesische Verteidigungshaushalt belief sich dagegen im Jahr 2009 laut offiziellen Angaben nur auf 70 Milliarden Dollar. Nach Schätzungen des Pentagons lag der Etat tatsächlich bei 150 Milliarden Dollar, womit er aber immer noch deutlich unter dem amerikanischen Ansatz anzusiedeln ist.

Die machtpolitische Lücke zeigt sich vor allem im Bereich der militärischen Innovationsfähigkeit. Die USA haben 2008 für Forschung, Entwicklung, Test und Auswertung nahezu 80 Milliarden Dollar ausgegeben, China für den Bereich Forschung und Entwicklung lediglich 6,6 Milliarden Dollar. Peking wird daher noch erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den militärisch-technologischen Abstand zu Washington zu verringern. Selbst wenn China mit den USA ökonomisch gleichzieht, wird es wirtschaftliche Zugewinne nicht über Nacht in militärische Stärke umsetzen können.

Daher ist auch das Ziel Pekings, eine globale Seemacht zu werden, gegenwärtig nur graue Theorie. Die Modernisierung der chinesischen Seestreitkräfte ist

zwar beachtlich. Der Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums geht sogar davon aus, dass China bereits Ende 2010 damit beginnen könnte, den ersten Flugzeugträger in heimischer Produktion herzustellen. Dennoch wird die Volksbefreiungsarmee noch lange weit von amerikanischen Kapazitäten entfernt bleiben. Während es für China schon als Leistung betrachtet werden kann, im Dezember 2008 einen kleinen Marineverband zur Piratenbekämpfung ans Horn von Afrika entsandt zu haben, können die USA zur Vorbereitung von Kriegen – zuletzt demonstriert im Vorfeld des Irak-Feldzugs 2003 – bis zu sechs von elf Flugzeugträgergruppen in Schlagdistanz zum Zielgebiet zusammenziehen. Die Pentagon-Studie mutmassiert, dass die Volksbefreiungsarmee bis in die nächste Dekade hinein nicht imstande sein werde, sich an grösseren militärischen Auseinandersetzungen, die weit von der eigenen Küste entfernt stattfinden, zu beteiligen.

China ist in der Lage, amerikanische Machtprojektion im Fernen Osten durch Formen asymmetrischer Kriegführung zu komplizieren. Mit dem Aufbau nuklearer Zweitschlagfähigkeiten verfügt es in Krisensituationen über erhebliche Drohpotenziale. Damit dürfte sich die Pekinger Führung vorerst zufriedengeben, obwohl sie zum Beispiel durch den Einsatz selbst eines kleinen Teils ihrer 2,5 Billionen Dollar an Devisenreserven die Modernisierung der Streit-

kräfte erheblich beschleunigen könnte. Diese Karte wird China aber nicht spielen, weil es durch ein Wettrüsten seinen inneren Modernisierungsprozess gefährden würde – eine Lehre, die das Reich der Mitte auch aus dem Untergang der Sowjetunion gezogen hat. Zur Bewältigung sozialer Schiefen und der sich ausweitenden Umweltkatastrophe werden ebenfalls erhebliche Mittel benötigt. Der innenpolitische Imperativ zwingt China daher zur Kooperation.

Kein Grund zu Überreaktion

Washington ist gut beraten, die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee im Auge zu behalten. Solange aber die machtpolitische Lücke bestehen bleibt und Peking auf offensive Gegenmachtbildung verzichtet, haben die USA keinen Grund, China einzudämmen. Sie beugen so einem kostenintensiven Hegemonie-Management vor, und amerikanische Sicherheits- und Bündnispartner werden nicht vor die höchst unbeliebte Alternative gestellt, sich zwischen den beiden Grossmächten entscheiden zu müssen. Soweit es dabei dem Reich der Mitte ermöglicht wird, unter den Bedingungen der Pax Americana Gewinne zu erzielen, darf Washington zumindest auf eine vorübergehende Duldung seiner Vorherrschaft hoffen.

Martin Wagener ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Trier.